

Rede des Unterbezirksvorsitzenden Heinz Drenseck auf der Kreisverbands- und Unterbezirkskonferenz am 24.2.2012

Wir sind ein Mitgliederverband, der für eine sozial gerechte Gesellschaft kämpft und politischen Einfluss nehmen will.

Wir wenden uns Menschen zu, die soziale Hilfe und Unterstützung benötigen.

Deshalb kann es uns nicht gleichgültig sein, dass der Sozialstaat vor einer schwierigen Zukunft steht und dass das im Grundgesetz garantierte Sozialstaatsgebot beständig ausgehöhlt wird, dass die Kluft zwischen Armut und Reichtum immer größer wird. Durch ständigen Sozialabbau wird die Spaltung der Gesellschaft noch verschärft. Die Menschen werden in ihrem Alltag in wachsendem Maße verunsichert und politikverdrossen.

Deutschland ist aus der Wirtschafts- und Finanzkrise bisher einigermaßen gut herausgekommen: Der Bankensektor und wichtige Zweige der Wirtschaft wurden stabilisiert, ein Einbruch des Arbeitsmarktes wurde verhindert. Das alles aber nur um den Preis einer riesigen Staatsverschuldung. Diese darf nun auf keinen Fall als Rechtfertigung für weitere drastische Einsparungen im sozialen Bereich missbraucht werden. Die Krisenverursacher und Krisengewinnler, die Spitzenverdiener und Vermögenden müssen an der Bewältigung der Schuldenlasten beteiligt werden. Starke Schultern müssen mehr als schwache Schultern tragen.

Der öffentliche Sektor in Deutschland ist unterfinanziert. Ein handlungsfähiger Sozialstaat braucht handlungsfähige Städte und Gemeinden. Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten. Deshalb fordert die AWO eine Steuer- und Finanzpolitik, die den kommunalen Haushalten wieder Spielräume eröffnet und dafür sorgt, dass die Schere zwischen Arm und Reich wieder geschlossen wird.

Im deutschen Sozialstaatsmodell werden soziale Sicherung und soziale Teilhabe durch öffentliche Hände gestaltet und garantiert.

Seit einigen Jahren müssen wir einen Umbau des Sozialstaates beobachten: Der Staat zieht sich aus der Gewährleistung langfristiger Sicherheiten und öffentlicher Leistungen durch die Privatisierung sozialer Risiken sowie Vermarktlichung und Verwettbewerblichung des Sozialsektors zurück.

Vordergründig hört sich die Aktivierung von mehr Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Selbstkontrolle gut an; hintergründig besteht für viele Menschen die Gefahr einer folgenreichen Verbindung zwischen persönlicher Überforderung und Unterversorgung. Die wohlmeinende Aufforderung zum Selbstmanagement kann sich für viele zum Dauerstress entwickeln.

Wir müssen aufpassen, dass sich der deutsche Sozialstaat nicht immer mehr aus seinen Sicherungsversprechen und solidarischen Formen der Absicherung verabschiedet. Wenn die Menschen Manager ihrer eigenen sozialen Sicherung werden sollen, dann muss dieser langfristige Prozess durch eine zielgruppenspezifische Befähigungspolitik begleitet werden.

Ich will einige Beispiele für Verschiebungen auf private Märkte anführen:

- Besonders ältere und Langzeitarbeitslose erhalten für Beratungen und für Qualifizierungsmaßnahmen Gutscheine. Sie haben Schwierigkeiten, sich auf dem Markt zu orientieren, oft kommen Maßnahmen nicht zu Stande und Gutscheine verfallen.
- Oder - durch die Teilprivatisierung der Alterssicherung (Riester-Rente) müssen sich gesetzlich Versicherte komplexes Finanzwissen aneignen, um sich in schwer zu verstehenden Verkaufsgesprächen auf riskanten, unübersichtlichen Märkten für die richtigen Altersvorsorgeprodukte zu entscheiden. Viele sind damit überfordert, fürchten sich vor einer falschen Entscheidung oder unterschätzen ihren Vorsorgebedarf und nehmen die staatliche Förderung nicht in Anspruch, dadurch erhöht sich die Einkommensungleichheit im Alter noch mehr.
- In der Krankenversicherung gibt es neben dem Kassenwahlrecht eine unübersehbare Fülle von Zusatzversicherungen, um Leistungslücken zu schließen oder von Bonussystemen, um zu Lasten der Solidargemeinschaft den eigenen Beitrag zu drücken.

Das Thema „**Armut bei Kindern**“ war nicht nur 1919 ein Gründungsanliegen der Arbeiter-Wohlfahrt, sondern treibt die AWO seit 15 Jahren auch in der Weise um, dass sie die Öffentlichkeit und die Politik immer wieder durch wissenschaftliche Studien mit dieser Problematik konfrontiert. Die 1997 beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Auftrag gegebene Langzeitstudie hat in ihren Zwischenberichten die Ursachen und Wirkungen von Armut auf Eltern und Kinder intensiv untersucht und Konsequenzen daraus aufgezeigt. Neben materiellen Entbehrungen geht Armut häufig mit sozialer Isolation der Kinder, einem erhöhten Krankheitsrisiko und der Gefahr von Bildungsnachteilen einher. Kinderarmut erschwert ein Leben in Chancengleichheit und Selbstbestimmung, das belegt der AWO-Sozialbericht 2006 „Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung“.

Niemand widerspricht, dass die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung im frühesten Kindesalter beginnen muss und dass die frühkindliche Bildung dabei eine besonders wichtige Rolle spielt. Die alte schwarz-gelbe Landesregierung hat alles versprochen, mehr Plätze, bessere Betreuungsqualität, hat die Träger aber jahrelang mit dem Kibitz und unrealistischen Finanzierungsgrundlagen gequält. Zum Glück hat die Stadt Bochum die größten Härten abgefedert und die neue Landesregierung Verbesserungen geschaffen.

Die Bundesregierung plant immer noch die Einführung der unsäglichen „Herdprämie“, die dazu führt, dass sich gerade viele arme Familien den Betreuungsplatz für ihre Kinder abkaufen lassen werden.

Wir erinnern uns auch noch lebhaft an das unwürdige Feilschen um das verfassungskonforme Existenzminimum für Kinder. Frau von der Leyen wollte mit dem Bildungs- und Teilhabegesetz sicherstellen, dass die Leistungen bei den Kindern ankommen. Entstanden ist ein bürokratisches Monster, das von vielen bedürftigen Familien nicht gebändigt werden kann.

Im internationalen Vergleich wird in Deutschland viel Geld in die Familienförderung gesteckt, die Wirksamkeit ist allerdings beklagenswert. Mit einer Familienförderung von 187 Mrd. € liegt Deutschland unter den 30 größten Industrieländern auf dem 1. Platz, 55 % der Befragten stufen Deutschland aber als „nicht familienfreundlich“ ein (AWO-Sozialbarometer 2-2012). Wenn man will, dass das Geld richtig angelegt wird, dann muss der Wildwuchs gelichtet werden. Die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsinfrastruktur müsste verbessert werden – das würde helfen!

Wenn man beispielsweise in den Schulen eine individuelle Förderung und ein kostenloses Mittagessen anbieten würde, dann bräuchte man keine Nachhilfe und kein Gutscheinsystem zu organisieren.

Ausgaben für die Verbesserung von Bildung und Erziehung sind für die Zukunft unseres Landes in höchstem Maße rentable Investitionen. Hannelore Kraft ist mit ihrer Präventionspolitik auf dem richtigen Weg.

Diese und weitere sozialpolitische Perspektiven werden wir morgen auf einer Regionalkonferenz zur Vorbereitung der AWO-Bundeskonferenz 2012 in Köln beraten und in einer sozialpolitischen Grundsatzerklärung zusammenfassen.

Wir machen unsere verbandspolitischen Positionen deutlich, untermauern diese mit wissenschaftlichen Untersuchungen und zeigen seit Juli 2010, dass wir mit unseren Forderungen in der Mitte der Gesellschaft stehen.

Das **AWO-Sozialbarometer** fragt zu Beginn eines jeden Monats in Zusammenarbeit mit dem Institut TNS-Infratest nach sozialpolitisch bedeutsamen Themen.

- Z.B. im November 2011: Glauben Sie, dass die deutsche Gesellschaft eher solidarischer wird und der soziale Zusammenhalt zunimmt oder dass jeder eher seinen eigenen Vorteil sucht, es mehr Egoismus geben wird = 84 % fürchten mehr Egoismus, nur 13 % erwarten mehr sozialen Zusammenhalt.
- Oder ein anderes Beispiel: Im September 2011 wollten 77 % einen höheren Steuersatz für besser Verdienende.

Ich empfehle Euch sehr, selbst oder durch jemanden aus Eurer Gruppe ins Internet zu gehen oder gehen zu lassen. Unter www.awo-sozialbarometer.org erhaltet Ihr gute Impulse für eine aktuelle fundierte Diskussion in der Ortsvereinsgruppe. In unserer Mitgliederzeitung werden wir auch noch einmal auf das Sozialbarometer hinweisen.

Der Bundesverband hat sich in den letzten Jahren intensiv mit verbandspolitischen Grundsatzpositionen aber auch mit Satzungsfragen für den Bundesverband und mit Mustersatzungen für die Landes- und Bezirksverbände sowie für die Unterbezirke, Kreisverbände und Ortsvereine befasst.

Im Bezirk Westliches Westfalen haben wir uns nicht (wie der Bundesverband) für den hauptamtlichen Vorstand mit einem ehrenamtlichen Präsidium, sondern für einen ehrenamtlichen Vorstand mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer entschieden. Wir sind der Überzeugung, dass so am besten eine nachhaltige Bindung der AWO-Unternehmen an den Mitgliederverband gesichert werden kann.

In unseren Grundsatzklärungen können wir nur glaubwürdig für gute Arbeit und gerechte Löhne eintreten, wenn wir selbst für unsere AWO-Unternehmen (und zwar überall) Eckpunkte für eine Wertorientierung setzen; auch darüber werden wir in Köln beraten.

Für unsere Arbeitsfelder im Unterbezirk Ruhr-Mitte haben wir einen schriftlichen Geschäftsbericht vorgelegt.

